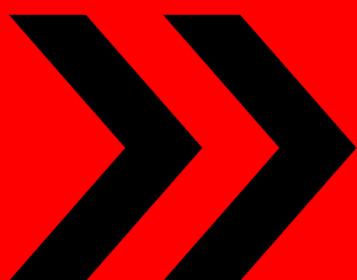


Ordentlicher Kreisparteitag

2022



Beschlüsse

Samstag, 29. Oktober 2022

10:00 Uhr, Swisttal-Heimerzheim

L 01

1

2 Zeitenwende im Rhein-Sieg-Kreis - nachhaltig und gestärkt durch 3 die Krise

4 Antragsteller: Kreisvorstand

5 Adressat:

6 Einleitung

7 Unser Rhein-Sieg-Kreis soll Heimat für alle sein. Unsere Heimat lebt von ihrer Vielfalt, von
8 städtischen und ländlichen Gebieten mit spezifischen Herausforderungen. Als Teil der
9 Metropolregion Rheinland erleben wir einen Zuwachs der Bevölkerung, der sich unterschiedlich
10 stark auf die Kommunen verteilt. Mehr als 600.000 Menschen leben hier, es werden weiter mehr
11 werden.

12 Viele internationale Herausforderungen – Krisen und Wandel – sind hier in unseren Städten und
13 Gemeinden direkt spürbar. Die Coronakrise fordert und forderte uns wie keine Krise zuvor, die
14 Auswirkungen des Klimawandels führten mit der Hochwasserkatastrophe im Sommer 2021 zu
15 massiven Schäden, Verletzten und Toten auch bei uns im Kreis.

16 Nach den Zuwanderungen in den Jahren 2015 und 2016, die mit einer beispiellosen Welle der
17 Solidarität und des ehrenamtlichen Engagements beantwortet wurde, führt der grausame
18 Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zu vielen Millionen geflüchteten Menschen in Europa.
19 Viele Ukrainerinnen und Ukrainer erlebten unsere Solidarität, als wir sie bei uns willkommen
20 hießen.

21 Die Herausforderungen entladen sich paradoxer denn je. Globale und internationale Antworten
22 auf Klimawandel, Kriege und Krisen sind nötig und zugleich braucht es mehr lokale, persönliche
23 und gemeinschaftliche Entscheidungen, um die Dinge zum Guten zu wenden. Wir wollen
24 Entscheidungen – vor allem langfristige Weichenstellungen – durch bessere Verfahren und mehr
25 Transparenz zu mehr Akzeptanz führen. Es kommt auf das lokale Engagement und das örtliche
26 Handeln an, wenn beispielsweise Unterkünfte und KITA-Plätze für Geflüchtete bereitgestellt
27 werden. Es ist eine lokale Entscheidung klimaneutrale Gebäude zu errichten oder durch
28 öffentliche Finanzierung gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

29 Die Sozialdemokratie an Rhein und Sieg steht für den solidarischen Zusammenhalt unserer
30 Gesellschaft und handlungsfähige Kommunen ein, gerade in der Krise. So lassen wir niemanden
31 allein, haben den ganzen Rhein-Sieg-Kreis im Blick und kommen durch gezieltes politisches
32 Handeln gestärkt aus der Krise. Wir streiten für eine Gesellschaft der Toleranz, des Respekts und
33 der Anerkennung. Wir nehmen unsere Rolle selbstbewusst an und wollen die Prioritäten auf
34 Bundes-, Landes und kommunaler Ebene mit vielen Unterstützerinnen und Unterstützern
35 endlich richtig setzen. Die Antwort auf Hass und Hetze, Spaltung und Populismus sind gute
36 öffentliche Dienste, die allen Bürger*innen zugutekommen. Eine Gesellschaft, die gleiche

37 Chancen für alle schafft, die auf einem fairen Miteinander beruht und jeder und jedem die
38 Chance auf ein freies, gutes und selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

39 Wohnen bezahlbar für alle

40 Wohnen wird zur sozialen Frage in einer wachsenden Region. Die Mietkosten und Baupreise
41 steigen, die Nebenkosten explodieren. Wir wollen für Sicherheit sorgen, damit der Rhein-Sieg-
42 Kreis Heimat für alle bleibt. Das Wohnen im Rhein-Sieg-Kreis muss für alle bezahlbar sein – zur
43 Miete und im Eigentum.

44 Eine Hauptaufgabe ist zudem die Schaffung von deutlich mehr bezahlbaren Mietwohnungen.
45 Der Rhein-Sieg-Kreis darf sich hier nicht länger seiner Verantwortung entziehen. Die kreiseigene
46 Wohnungsbaugesellschaft muss daher ein Mietmoratorium für Mieter*innen mit
47 Wohnberechtigungsschein für die Jahre 2023 und 2024 durchführen und die Mieten stabil
48 halten. Gleichzeitig muss die Gesellschaft personell und finanziell so ausgestattet werden, dass
49 pro Jahr 1.500 neue, bezahlbare Wohnungen gebaut werden können. Der Rhein-Sieg-Kreis hat
50 hierbei eine zentrale Koordinierungsaufgabe mit den Städten und Gemeinden im Kreisgebiet.

51 Gemeinsam brauchen wir außerdem eine aktive Bodenvorratspolitik, in der Grundstücke durch
52 die Kommunen erworben und von der öffentlichen Hand zu preiswertem Bauland mit öffentlich
53 geförderten Wohnungen entwickelt werden. Wo die Entwicklung über Dritte erfolgt, braucht es
54 in allen Kommunen verbindliche kooperative Modelle, die über Quoten die Realisierung von
55 bezahlbarem Wohnraum in Bauleitplanungsverfahren festschreiben. Unser Ziel ist, dass die
56 Anzahl von öffentlich geförderten Wohnungen in jedem Neubaugebiet bei mindestens 30 %
57 liegt. Außerdem wollen wir, dass mehr öffentlich geförderte Wohnungen in öffentlicher Hand
58 oder der Trägerschaft von Genossenschaften gebaut werden, damit auch nach der Preisbindung
59 der Wohnraum mietpreisgedämpft angeboten wird.

60 Die Ausweisung neuer Baugebiete sowie die Schaffung von preiswertem Bauland sind eine
61 öffentliche Aufgabe, der sich die Städte und Gemeinden unter Koordination des Rhein-Sieg-
62 Kreises deutlich stärker annehmen müssen, damit der Wunsch vom Eigenheim kein Traum
63 bleibt. Das selbstgenutzte Wohneigentum muss wieder für mehr Menschen im Rhein-Sieg-Kreis
64 möglich sein und ist ein wichtiger Grundpfeiler der privaten Altersvorsorge. Hierbei muss auch
65 ein besonderes Augenmerk auf neue Wohntrends, wie z.B. die Nutzung von Tiny Houses oder
66 Anlagen für Generationenwohnen gerichtet werden.

67 **Energie von Morgen, lokal, sicher und bezahlbar**

68 Die Energie der Zukunft ist weder fossil noch atomar, sondern lokal und klimaneutral. Denn
69 erneuerbare Energien sind nicht nur unbegrenzt vorhanden, sondern sie sind auch günstig und
70 fördern die kommunale Wertschöpfung. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es eine
71 gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen. Unser Ziel ist die
72 Überprüfung der Windkraftpotentiale im Rhein-Sieg-Kreis, verbunden mit der Forderung an
73 jeder geeigneten und vertretbaren Stelle auch ein Windrad zu installieren. Wir wollen außerdem
74 das Engagement im Bereich der Photovoltaikanlagen deutlich ausbauen – auf jedes geeignete
75 Dach im Rhein-Sieg-Kreis gehört eine PV-Anlage. Der Rhein-Sieg-Kreis und die Städte und
76 Gemeinden müssen auf ihren Liegenschaften hierbei vorangehen. Freiflächen-PV-Anlagen

77 haben zudem auf Konversionsflächen oder landwirtschaftlichen Flächen (Agri-PV) große
78 Potenziale im Kreisgebiet.

79 Unsere Stadtwerke spielen bei der Versorgungssicherheit eine besondere Rolle. Wir fordern von
80 der schwarz-grünen Landesregierung einen Rettungsschirm für unsere Stadtwerke, damit die
81 lokale Versorgung auch morgen gewährleistet ist. Die Kräfte der lokalen Energieversorgung
82 müssen zudem gebündelt werden. Die Beteiligungsgesellschaft Bonn/Rhein-Sieg mbH (BRS)
83 muss aus ihrem Dornröschenschlaf erweckt und endlich ein Akteur auf dem lokalen Energie- und
84 Wärmemarkt werden. Die Möglichkeiten der BRS müssen daher als Treiber der lokalen
85 Energiewende und als Impulsgeber genutzt werden.

86 **Mobilität – nachhaltig, bezahlbar und attraktiv für alle**

87 Wir treiben die Verkehrswende hin zu nachhaltiger, sicherer und bezahlbarer Mobilität im
88 gesamten Rhein-Sieg-Kreis voran. Aufs Rad setzen ist ein wichtiges Element der Verkehrswende.
89 Statt den Radwegeausbau an Kreisstraße wie CDU und Grüne bis 2045 zu planen, wollen wir eine
90 Umsetzung der geplanten Radwege und Radpendler Routen bis 2030.

91 Fahrten rauf, Preise runter bei Bus und Bahn bleibt unser Leitmotiv. Die Menschen müssen auch
92 angesichts der aktuellen Preisentwicklungen mobil sein können. Fahrpreiserhöhungen im VRS
93 lehnen wir daher ab; die Finanzierung darf aber nicht in den ohnehin unterfinanzierten
94 kommunalen Haushalten verbleiben. Die Bundesregierung hat mit dem 9-Euro-Ticket einen
95 wichtigen Impuls zur Fortentwicklung von ÖPNV und SPNV vor dem Hintergrund der dringend
96 erforderlichen Verkehrswende gegeben. Wir wollen ein bundeseinheitliches Nachfolgeangebot
97 für das 9-Euro-Ticket, das Umsteigen für alle attraktiv macht. Die Realisierung eines solchen
98 Tickets ist eine Herkulesaufgabe. Neben einer auskömmlichen und stabilen
99 Finanzierungsgrundlage durch Bund und Länder muss eine dritte Säule der Finanzierung
100 eingeführt werden. Wir wollen den Einstieg in die Drittfinanzierung des ÖPNV durch eine
101 Mobilitätsabgabe für Unternehmen und eine Parkraumbewirtschaftung zugunsten des ÖPNV.
102 Die Auflösung der Verkehrsverbände in ihrer heutigen Form ist die Konsequenz, um
103 Verwaltungskosten zu sparen, den Tarifdschungel zu beseitigen und Verkehrssysteme zu
104 schaffen, die nicht durch willkürliche Grenzziehungen blockiert sind.

105 Wir setzen auf den Ausbau der Nahverkehrsangebote, bessere Taktungen für Bus und Bahn auch
106 in den Abendstunden, ein Netz von Schnellbuslinien sowie On-Demand-Lösungen im ländlichen
107 Raum. Unsere Mobilität muss öffentlich und über Mobilstationen und Sharing-Systeme
108 intelligent vernetzt sein. Die Infrastruktur wollen wir zukunftsfähig ausbauen. Dazu zählen u.a.
109 die Stadtbahn Niederkassel, die Elektrifizierung der Voreifelstrecke, der zweigleisige Ausbau der
110 Linie 18 und der zweigleisige Ausbau der Siegtalstrecke, der den Personenverkehr stärken und
111 für mehr Lärmschutz an der Strecke sorgen soll.

112 **Starke Familien – Gleiche Zukunftschancen für alle Kinder**

113 Der Rhein-Sieg-Kreis ist ein Kreis, der Kinder und Familien fördert und unterstützt. Wir wollen
114 nicht, dass Familien zu den Krisenverlierern von Pandemie und Inflation werden. Der Rhein-Sieg-
115 Kreis muss endlich stärker Akteur werden und die Entwicklung im Kreis steuern und nicht nur
116 verwalten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss weiter verbessert werden. Familien sind
117 der Ort, wo Menschen füreinander da sind, sie halten unsere Gesellschaft zusammen. Eine

118 vorausschauende Familienpolitik im Kreis muss sicherstellen, dass direkt vor Ort ausreichend
119 differenzierte und qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsangebote für Familien zur
120 Verfügung stehen und damit die Familien entlasten. Wir brauchen ein flächendeckendes,
121 wohnortnahes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot in
122 Kindertagesstätten und Offenen Ganztagschulen (OGS), besonders da es den Rechtsanspruch
123 auf einen OGS-Platz ab 2026 umzusetzen gilt, mit für Familien bedarfsgerechten
124 Betreuungszeiten, auch in den Schulferien. Dazu müssen wir noch mehr in den Ausbau
125 investieren, damit alle, die wollen, einen wohnortnahen Platz bekommen können. Besonders
126 problematisch ist weiterhin die Gebührensituation. Frühkindliche Bildung muss allen
127 offenstehen und daher landesweit gebührenfrei sein. Kita-Gebühren sind eine noch größere
128 finanzielle Belastung für Familien und werden in unserer Region zum Standortnachteil
129 gegenüber Rheinland-Pfalz und Nachbarregionen, in denen keine oder geringere Elternbeiträge
130 erhoben werden. Da die Beiträge vom Wohnort abhängen, sind sie längst ungerecht. Unser Ziel
131 ist daher die Abschaffung der Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung in Nordrhein-
132 Westfalen. Die Landesregierung ist aufgefordert, durch diese Maßnahme für gleiche
133 Bildungschancen, Gerechtigkeit und Entlastung der Familien in der aktuellen Krise zu sorgen. Um
134 dem Fachkräftemangel im Bereich der Kindertagesbetreuung entgegenzuwirken, wollen wir die
135 praxisintegrierte Ausbildung (PIA) stärken und neue Erzieher*innen-Schulen im Rhein-Sieg-Kreis
136 in Kooperation mit den freien Trägern realisieren.

137 Wir bekennen uns zu einer starken Förderschullandschaft im Rhein-Sieg-Kreis. Von der schwarz-
138 grünen Landesregierung erwarten wir, dass die Förderschulen weiter gestärkt und gleichzeitig
139 die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen bereitgestellt werden, damit Inklusion
140 an den Regelschulen qualitativ hochwertig und gemäß den Bedürfnissen der Kinder ermöglicht
141 werden kann.

142 **Handlungsfähige Städte und Gemeinden garantieren lebenswerte Heimat**

143 Wir brauchen handlungsfähige Städte und Gemeinden im Rhein-Sieg-Kreis. Denn nur starke und
144 handlungsfähige Kommunen können für gleiche Chancen, gerechte Teilhabe und soziale
145 Sicherheit für alle sorgen und die vielfältigen Herausforderungen angesichts von Energiekrise,
146 Klimawandel oder Wohnraumsituation lösen. Nur als starke Akteure können sie nachhaltig
147 wirken für Wohnungsbau, Energiewende, Verkehrswende oder Bildungsgerechtigkeit. Eine
148 Bestandsaufnahme zeigt, dass auf Grund der hohen Verschuldung und dauerhaft defizitärer
149 Haushalte dies vielerorts nicht mehr gegeben ist. Den Kommunen werden fortlaufend
150 zusätzliche Aufgaben übertragen, deren Finanzierung nicht gewährleistet wird. Gleichzeitig
151 steigt die Erwartungshaltung an die öffentliche Verwaltung. Die aktuellen Krisen schlagen
152 zudem voll auf die Kommunen und ihre Haushalte durch. So verschärft sich die finanzielle
153 Situation immer weiter. In der Konsequenz drohen stetige Erhöhungen der Steuerhebesätze oder
154 ausbleibende Investitionen und sinkende Standards selbst bei pflichtigen Aufgaben. Dort, wo
155 Räte aus finanziellen Gründen nichts mehr entscheiden können außer Streichungen und
156 Schließungen, wird der gesellschaftliche Zusammenhalt massiv gefährdet und das Vertrauen in
157 unsere Demokratie geschwächt. Die Finanzierung der Kommunen muss daher grundsätzlich
158 verbessert werden. Dazu braucht es eine solidere Grundfinanzierung und weniger
159 bevormundende, hoch komplexe und ineffiziente Finanzierung über Förderprogramme.

160 Unsere Kommunen dürfen bei der Erledigung ihrer Aufgaben nicht im Regen stengelassen
161 werden. Solidarisch in der Krise sein, heißt auch, solidarisch mit den Kommunen sein, wenn es
162 um die Unterbringung und Integration geflüchteter Menschen, die Bekämpfung der Pandemie
163 oder die Abfederung der sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Inflation und
164 Energiekrise geht.

165 Die „Stunde Null“ für die Altschulden der Kommunen in NRW muss flächendeckend kommen.
166 Die betroffenen Kommunen schaffen es nicht mehr, ihre Haushalte auszugleichen und die
167 Verschuldung zurückzufahren. Sie sind kaum noch in der Lage, die notwendige Daseinsvorsorge
168 hinreichend zu gewährleisten. Schwarz-Grün in NRW ist hier in der Verantwortung, das Angebot
169 des Bundeskanzlers endlich anzunehmen und die Städte und Gemeinden von den Altschulden
170 zu befreien. Wir wollen starke Kommunen, in denen Stadt- und Gemeinderäte echte
171 Entscheidungsspielräume haben. Diese Spielräume dürfen durch immer weiter steigende
172 Belastungen der allgemeinen Kreisumlage und der Kreisjugendamtsumlage nicht weiter
173 eingengt werden. Während viele Städte und Gemeinden in der Haushaltssicherung sind, kann
174 der Kreis seinen Finanzbedarf einfach umlegen. CDU und GRÜNE im Kreistag müssen endlich zu
175 einem solidarischen Miteinander mit den Kommunen kommen. Wir lehnen jede
176 Umlageerhöhung ab und fordern stattdessen eine Aufgabenkritik und eine Überprüfung aller
177 Ausgaben im Kreishaushalt.

178 **Soziale Sicherheit und Teilhabe im gesamten Kreis**

179 Den ganzen Kreis im Blick zu haben, bedeutet für uns, soziale Sicherheit und soziale Teilhabe für
180 alle und im gesamten Kreisgebiet zu ermöglichen. Wir lassen in der Krise niemanden allein und
181 garantieren die Aufrechterhaltung sozialer Angebote auch angesichts angespannter öffentlicher
182 Haushalte. Wir sparen nicht auf Kosten derer, die es ohnehin am schwersten haben. Wir wollen
183 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle Menschen im Rhein-Sieg-Kreis ermöglichen,
184 unabhängig von Alter, Geschlechtsidentität, Einkommen, Herkunft oder körperlichen
185 Einschränkungen.

186 Soziale Sicherheit und Teilhabe wird durch gute Arbeit gesichert. Nicht erst die steigende
187 Inflation und die steigenden Energiekosten führen jedoch dazu, dass Menschen auf die
188 Unterstützung der Gesellschaft angewiesen sind. Die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro,
189 von der allein im Rhein-Sieg-Kreis über 32.000 Menschen profitieren, die Einführung des
190 Bürgergeldes sowie die Unterstützungsmaßnahmen der Bundesregierung sind wichtige
191 Maßnahmen für die soziale Sicherheit. Klar ist: In diesen Zeiten ist nicht die schwarze Null
192 entscheidend, sondern dass eine warme Wohnung und gesunde Lebensmittel nicht zum Luxus
193 werden. „You’ll never walk alone“ muss für alle staatlichen Ebene gelten. Wir fordern von CDU
194 und GRÜNEN in NRW, dass auch sie endlich ein Entlastungspaket für Nordrhein-Westfalen
195 vorlegen und nicht weiter mit dem Finger nach Berlin zeigen. Wir fordern, dass CDU und GRÜNE
196 im Rhein-Sieg-Kreis ihrer sozialpolitischen Verantwortung gerecht werden und gemeinsam mit
197 uns ein drittes Frauen- und Kinderschutzhaus auf den Weg bringen, die Mieter- und
198 Sozialberatung im Rhein-Sieg-Kreis langfristig finanziell absichern und dass eine Teilhabe an
199 Kultur- und Sport auch weiterhin für alle Bürgerinnen und Bürger finanziell möglich ist.

200 Wir brauchen eine(!) Wirtschaftsförderung im Rhein-Sieg-Kreis – am besten gemeinsam mit der
201 Bundesstadt Bonn. Fragen der Gewerbeflächenentwicklung, der Unternehmensansiedlung und

202 der Gewerbesteuerhöhe und -verteilung müssen gemeinsam gelöst werden, um langfristig ein
203 attraktiver Standort zu bleiben. Unser Ziel ist klar: Wir wollen gute, fair bezahlte und
204 tarifgebundene Arbeitsplätze im Rhein-Sieg-Kreis und der Region erhalten und ausbauen. Für
205 uns ist der Rhein-Sieg-Kreis Industrie-, Dienstleistungs-, Technologie-, Sicherheits-,
206 Wissenschafts-, Landwirtschafts-, Handels- und Handwerksstandort. Der Rhein-Sieg-Kreis muss
207 dieser Aufgabe der Wirtschaftsförderung deutlich stärker als bisher gerecht werden. Der Landrat
208 muss gemeinsam mit den Gewerkschaften und Unternehmen der Motor der Arbeitsplatz- und
209 Beschäftigungsförderung im Rhein-Sieg-Kreis werden.

210 **Für ein sicheres Morgen: Klima- und Bevölkerungsschutz Hand in Hand**

211 Spätestens seit den Hochwasserereignissen des Sommers 2021 ist klar, dass Klima- und
212 Bevölkerungsschutz unmittelbar miteinander verbunden sind. Die Klimaschutzmaßnahmen im
213 Rhein-Sieg-Kreis sind bisher angesichts der immensen Herausforderungen des Klimawandels
214 noch unzureichend und es muss ein deutlich stärkerer Fokus auf Maßnahmen zur
215 Klimafolgenanpassung in unseren Städten und Gemeinden gelegt werden. Auf die Folgen des
216 Klimawandels muss künftig in der Bauleitplanung stärker geachtet werden. Die
217 Gewässeraufsicht des Rhein-Sieg-Kreises sowie die für Gewässerunterhaltung zuständigen
218 Verbände müssen ihren Aufgaben endlich gerecht und zukunftsfähig aufgestellt werden. Eine
219 kreisweite Starkregen- und Hochwasserkarte ist das eine, Maßnahmen zur Bekämpfung von
220 immer häufiger auftretenden Dürreperioden das andere. Dazu braucht es z.B. die Entsiegelung
221 von Flächen, verringerte Flächenverbräuche, intelligentes Regenwassermanagement,
222 „Schwammstadt“-Modelle, mehr Begrünung von Innenstädten und Hitzeaktionsprogramme.
223 Der Rhein-Sieg-Kreis ist hier in der Pflicht entsprechende Maßnahmen zu erarbeiten und
224 umzusetzen sowie die Kommunen bestmöglich zu unterstützen. Nur so bleiben unserer Städte
225 und Gemeinden auch angesichts des Klimawandels lebenswerte und sichere Orte.

226 Mit dem geplanten Gefahrenabwehrzentrum macht der Rhein-Sieg-Kreis sich auf den Weg in
227 eine neue Periode des Bevölkerungsschutzes – ein Vorhaben das wir als SPD unterstützen.
228 Gleichzeitig muss die Aufgabe des Bevölkerungsschutzes stärker in den Fokus von Verwaltung
229 und Politik gerückt werden. Hier kommt dem Rhein-Sieg-Kreis die entscheidende Rolle zu, um für
230 gleiche Standards im gesamten Kreisgebiet zu sorgen, damit die Menschen auch im
231 Katastrophenfall mit einer intelligenten und flächendeckenden Infrastruktur schnell gewarnt
232 und geschützt werden können. Die Rettungs- und Hilfeleistungsorganisationen sowie die
233 Feuerwehren – die überwiegend ehrenamtlich organisiert sind – brauchen eine verlässliche
234 finanzielle Basis, eine hochmoderne und jederzeit funktionsfähige Ausrüstung und alle
235 Möglichkeiten für die hochqualifizierte Aus- und Weiterbildung. Zudem darf es einer
236 Überarbeitung der Katastrophen- und Bevölkerungsschutzkonzepts des Rhein-Sieg-Kreises an
237 die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

238 **Gesund vor Ort - in allen Lebenslagen**

239 Die Gesundheit ist das höchste Gut. Ein sicheres Leben im Rhein-Sieg-Kreis ist nur mit einer
240 starken und bedarfsgerechten medizinischen Versorgung möglich. Das ambulante und
241 stationäre medizinische Versorgungsangebot im Rhein-Sieg-Kreis muss daher gesichert werden.
242 Hebammen geführte Geburtshäuser müssen durch den Rhein-Sieg-Kreis unterstützt werden,
243 um die großen Lücken der geschlossenen Geburtsstationen aufzufangen. Zudem fordern wir die

244 Wiedereröffnung der Geburtsstation an der Asklepios Kinderklinik in Sankt Augustin – ggf. auch
245 zusammen mit einem Geburtshaus. Die SPD bekennt sich zum Standort der Kinderklinik Sankt
246 Augustin als zentrales medizinisches Versorgungsangebot für die Kinder- und Jugendlichen im
247 Rhein-Sieg-Kreis. Wir erwarten, dass die NRW-Landesregierung endlich die notwendige
248 finanzielle Sicherheit für die Klinik schafft.

249 In immer mehr Städten und Gemeinden fehlen Haus- und Fachärzte. Das ist ein Problem, das
250 durch die in Ruhestand gehenden Ärzt*innen verstärkt wird. Der Rhein-Sieg-Kreis muss hier
251 eingreifen und gemeinsam mit den Krankenkassen aktiv Ärzt*innen für den Praxisbetrieb
252 insbesondere im ländlichen Bereich des Kreises anwerben.

253 Die stationäre Krankenhausversorgung im Rhein-Sieg-Kreis liegt unter dem Damoklesschwert
254 der NRW-Krankenhausplanung. Die reine wirtschaftliche Orientierung der Planung von CDU,
255 FDP und GRÜNEN in NRW wird der Versorgungssicherheit der Bevölkerung nicht gerecht. Die
256 vorliegende Krankenhausplanung wird zu weiteren Schließungen von Krankenhäusern führen –
257 das lehnen wir auch angesichts der Lehren aus der Coronapandemie entschieden ab.

Initiativantrag I 01

1

2 Resolution - SPD Rhein-Sieg fordert Erhalt der Arbeitsplätze und 3 des Standortes von ZF Friedrichshafen in Eitorf

4 **Antragsteller:** Kreisvorstand

5 **Adressat:** Kreisparteitag

6 Der Automobilzulieferer ZF Friedrichshafen ist seit über 100 Jahren in Eitorf angesiedelt. Am 29.
7 September verkündete die Unternehmensleitung die Schließung des Werks, in dem 690
8 Menschen arbeiten. Der Gesamtbetriebsrat der ZF Friedrichshafen vermutet hinter diesem
9 Schritt das Vorhaben, die Produktionsstandorte in den Osten zu verlagern und Stellen
10 abzubauen, da Verhandlungen mit IG Metall und Betriebsrat trotz langfristiger und tragfähiger
11 Lösungsansätze nicht im Sinne des Standortes verlaufen seien.

12 Die SPD Rhein-Sieg solidarisiert sich mit den Beschäftigten der ZF Friedrichshafen in Eitorf. Wir
13 fordern die Geschäftsführung auf, die Verhandlungen für den Standorterhalt mit der IG Metall
14 und dem Gesamtbetriebsrat erneut aufzunehmen und die Zukunftsfähigkeit des Werkes in
15 Eitorf zu sichern. Der Erhalt von tarifgebunden industriellen Arbeitsplätzen und die regionale
16 Wertschöpfung müssen langfristig gesichert werden.

A 01

1

2 Unterstützung der Ukraine

3 **Antragsteller:** SPD-Ortsverein Troisdorf

4 **Adressat:**

5 Der Kreisparteitag stellt fest:

6 Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion suchten einige vormalige Sowjetrepubliken ihre
7 staatliche Unabhängigkeit. So auch die Ukraine, die damit die 5. Atommacht in Europa wurde.

8 1994 übergab die Ukraine ihre Atomwaffen an die Russische Föderation. Dafür gab es
9 weitreichende Sicherheitsgarantien von Russland für die Ukraine. Ohne Rücksicht auf diese
10 Sicherheitsgarantie - gegen die Schlussakte von Helsinki und gegen fundamentale Regeln des
11 Völkerrechts - annektierte Russland 2014 die Krim.

12 Danach bemühten sich Frankreich und Deutschland jahrelang auf diplomatischem Weg, in
13 diesem Konflikt zu vermitteln. Am 24.02.2022 beendete Russland mit dem Überfall auf die
14 Ukraine einseitig diese Bemühungen. Seitdem gab es unzählige Versuche der UN, der EU,
15 Frankreichs, Deutschlands und vieler anderer Staaten, auf diplomatischer Ebene zu vermitteln.
16 Ohne Erfolg.

17 Unstreitig kämpft die Ukraine nicht nur für ihre Freiheit, sondern auch für unsere Vorstellungen
18 von Demokratie und Menschenrecht.

19 In einer Sondersitzung des Bundestages am 27. Februar hat der Bundeskanzler der Ukraine die
20 volle Unterstützung der BRD zugesichert, auch die militärische. Diese Unterstützung wurde vom
21 Bundestag, mit allen Stimmen der SPD-Fraktion, bekräftigt.

22 In der Öffentlichkeit wird jedoch der Eindruck erweckt, dass der militärische Teil der
23 Unterstützung von Teilen der SPD-Fraktion blockiert wird. Die SPD ist seit ihrer Gründung 1863
24 nie eine pazifistische Partei gewesen. Der SPD war in ihrer Geschichte immer klar, dass
25 Demokratie wehrhaft sein muss. Auch vor einem faschistoiden Diktator Putin, der die Diplomatie
26 und alle unsere Werte verachtet.

27 Daher war es folgerichtig, dass die SPD-Bundestagsfraktion in einem gemeinsamen Antrag mit
28 Grünen, FDP und CDU vom 27.04.2022 bekräftigt hat:

29 „Deutschland ermöglicht in Abstimmung mit anderen NATO-Partnern die Lieferung schwerer
30 Waffen...Immer wieder muss überprüft werden, ob weitere Waffen abgegeben werden können,
31 die dann zeitlich versetzt nachgeschoben werden können. Weitere Schritte gehen wir zusammen
32 mit unseren internationalen Partnern...Neben der umfassenden ökonomischen Isolierung und
33 Abkoppelung Russlands von den internationalen Märkten ist das wichtigste und wirksamste
34 Mittel, um den russischen Vormarsch zu stoppen, die Intensivierung und Beschleunigung der
35 Lieferung wirksamer, auch schwerer Waffen und komplexer Systeme durch Deutschland in
36 enger Abstimmung mit unseren Partnern in NATO, EU und der Welt.“

- 37 Dieser Antrag wurde am 28.04.2022 im Deutschen Bundestag mit überwältigender Mehrheit
38 verabschiedet.
- 39 Die SPD Rhein-Sieg fordert die Bundestagsfraktion auf, entsprechend dem Beschluss auf die
40 Bundesregierung einzuwirken. Hierzu zählt auch die Ausschöpfung jeglicher diplomatischen
41 Mittel zur Konfliktbeilegung.

A 02

1

2 **ALLE sollen vom Mindestlohn profitieren!**

3 **Antragsteller:** Juso Kreisverband Rhein-Sieg

4 **Adressat:** SPD-Bundestagsfraktion

5 Der Kreisparteitag der SPD Rhein-Sieg beschließt die Weiterleitung des folgenden Antrags an die
6 Bundestagsfraktion der SPD:

7 Die Bundestagsfraktion der SPD wird beauftragt, sich in ihrer Regierungsarbeit für die
8 Umsetzung des Mindestlohns in allen Bereichen einzusetzen.

A 03

1

2 Gemeindefinanzierung

3 **Antragsteller:** SPD-Ortsverein Windeck

4 **Adressat:** Kreisparteitag

5 Der Kreisparteitag der SPD fordert die Vertreter:innen der SPD im Landtag sowie die NRW-
6 Landesregierung auf für eine Reform der Gemeindefinanzierung einzutreten, in denen die Mittel
7 im Gemeindefinanzierungsgesetz dauerhaft so zu erhöht werden, dass die Städte und
8 Gemeinden ihren übertragenen Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge gerecht werden
9 können. In diesem Zusammenhang soll überprüft werden, wie die finanzielle Leistungsfähigkeit
10 der Kommunen stärker als bisher bei der Berechnung der allgemeinen Kreisumlage
11 berücksichtigt werden kann. Hierbei müssen neben der reinen Finanzkraft der Kommunen auch
12 weitere Kriterien wie bspw. Die Fläche der Kommune berücksichtigen in der Berechnung finden,
13 so dass die Umlagegrundlagen neu gestaltet werden, um die relative Finanzkraft der Kommunen
14 in den Mittelpunkt der Berechnung zu stellen.

15 Darüber hinaus fordern wir von der NRW-Landesregierung das Angebot des Bundeskanzlers zu
16 einer „Stunde null“ für die Städte und Gemeinden anzunehmen und unsere Kommunen damit
17 von der Altschuldenlast zu befreien. Die SPD Rhein-Sieg lehnt eine weitere Steigerung der
18 Kreisumlage im Rhein-Sieg-Kreis ab und fordert stattdessen eine klare Aufgabenkritik und eine
19 nachhaltige Haushaltskonsolidierung auf Kreisebene. Darüber hinaus setzen wir uns als SPD
20 Rhein-Sieg dafür ein, dass strukturschwache Gebiete im kreisangehörigen Raum eine gesonderte
21 finanzielle Unterstützung für eine nachhaltige Gemeindeentwicklung erhalten.

A 04

1

2 **Einrichtung eines Arbeitskreises "Säkularität und Humanismus"** 3 **auf Kreisebene**

4 **Antragsteller:** SPD-Ortsverein Bad Honnef

5 **Adressat:** SPD-Kreisvorstand

6 Der Kreisparteitag möge beschließen: Der Kreisvorstand wird beauftragt - analog zur
7 Entscheidung des Parteivorstands auf Bundesebene - auch einen Arbeitskreis "Säkularität und
8 Humanismus" auf Kreisebene einzurichten.